

2 THEMA

wirtschaftsblatt.at

MITTWOCH, 8. APRIL 2015

HAUSHALT

Gemeinden buhlen zur Finanz

Die Finanzen der heimischen Gemeinden haben sich zuletzt wieder stabilisiert. Trotzdem gibt es kaum Investitionsspielraum. Gemeinden müssen deshalb um Betriebsansiedlungen buhlen.

VON WOLFGANG DRUCKER

Nach der typischen Gemeinde klingt es nicht, wenn Jürgen Erber beim Kommunalwirtschaftsforum den Faktencheck für Betriebsgebiete vorstellt. Erber hat sich als Fachbereichsleiter Gemeinde-, Standort- und Regionenentwicklung bei Hydro Ingenieure Umwelttechnik auf die Durchführung von Ansiedlungsprojekten spezialisiert und dabei entdeckt: Bei der technischen Umsetzung, beim Bau von Kanal- oder Wasseranschlüssen sind Gemeinden gut aufgestellt. Es braucht aber viel mehr für eine professionelle Verwertung, sagt Erber. Klassische Standortfaktoren sind nur die Basis, dann geht es noch um eine

zielgruppenspezifische Vermarktung inklusive professionellem Internetauftritt und einer langfristigen Servicierung der Betriebe. Erber: „Abgeschlossen ist die Ansiedelung erst, wenn die Kommunalsteuer fließt.“

Negativer Saldo

Dann wird es für Gemeinden interessant, denn die Unternehmensabgaben bleiben ausschließlich auf Gemeindeebene und ermöglichen im Idealfall finanziellen Spielraum. Höher sind jedoch meist die Einnahmen aus den Ertragsanteilen, die vom Bund an Länder und Gemeinden ausgeschüttet werden, und den Bedarfszuweisungen. Bereits 39,2 Prozent der Gemeindeeinnahmen wurden 2013 im Österreich-Durchschnitt aus den Ertragsanteilen erzielt. 2010 waren es noch 37 Prozent.

Die Steigerungen werden durch höhere Transferleistungen an das Land wieder aufgefressen: So behält sich das Land Mittel für Pflege-, Kranken- und Sozialleistungen gleich ein. Zwischen 2004 und 2013 ist dieser negative Transfersaldo in einigen Bundesländern deutlich angestiegen, in Kärnten beispielsweise um 171 € pro Kopf, in Niederösterreich um 151 € pro Kopf.

Das schränkt die Investitionsmöglichkeiten ein, heißt es von niederösterreichischen Bürgermeistern.

Musterschüler und Hinterbänkler liegen oft nah beieinander. Laut Berechnungen des KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung zählte die Gemeinde Matzendorf-Hölles nahe Wiener Neustadt zu den drei niederösterreichischen Gemeinden mit der besten Bonität. Die Nachbargemeinde Leobersdorf hingegen ist mit einem Pro-Kopf-Defizit von 525 € und Pro-Kopf-Schulden von 8867 € laut Erhebung des Industriemagazins fast am Ende der Statistik; nur Furth an der Triesting ist höher verschuldet. Nach Angaben der Statistik Austria lagen die Pro-Kopf-

Schulden von Leobersdorf bei 9117 €; schlechter waren Statzendorf, Wöllbling und Nappersdorf.

Dieses Ergebnis kam für Matzendorf und Leobersdorf unerwartet: „Wir waren überrascht. Wir haben eigentlich nicht viele Firmen. Die Einnahmen kommen aus der Bedarfszuweisung und aus Gebühren“, sagt Johann Grund, Matzendorfs Bürgermeister. Andreas Ramharter, Bürgermeister von Leobersdorf, war ebenfalls überrascht: Der Vergleich auf Basis der Schulden hänge ihm bereits zum Hals heraus. Denn: Die Pro-Kopf-Verschuldung alleine sage noch wenig über die Lage der Gemeinden aus. „Ja, es ist richtig. Pro Einwohner haben wir ein Defizit von 500 €, aber auch einen Vermögenswert von 700 €“, sagt Ramharter, und dabei seien noch gar nicht alle Aktivposten enthalten. Auf Gemeindeebene sind es Passiva von 45 Millionen € und Aktiva von rund 60 Millionen. „Wir haben Wohnungen gekauft und gebaut“, sagt Ramharter. Davon erziele man sogar Überschüsse. „Meine Hauptaufgabe ist es, wirtschaftlich zu denken“, sagt der Bürgermeister. Darlehen gehören, vor allem wenn sie so günstig sind wie aktuell, für ihn dazu. ▶

„Die Hauptaufgabe ist es, wirtschaftlich zu denken.“

ANDREAS RAMHARTER
BÜRGERMEISTER
LEOBERSDORF

Hintergrund. Für die Kommunalkredit wird der Markt eng

Skeptisch bezüglich der Zukunft der Kommunalkredit unter den neuen Eigentümern zeigt sich der Bankenexperte des Wirtschaftsforschungsinstituts Wifo, Franz R. Hahn. Die auf Finanzierung von Gemeindeprojekten spezialisierte Bank war im März an ein Konsortium um den deutschen Investmentbanker Patrick Bettscheider verkauft worden.

Hahn stellt im Gespräch mit dem Wirtschaftsblatt die „Existenzberechtigung solcher Spezialinstitute“ infrage. „Auch andere Banken haben mittlerweile eigene Abteilungen für das Geschäft mit Kommunen aufgebaut“, sagt Hahn, auch weil sie als Vollbanken neue Geschäftsfelder

erschließen müssten. Er rechnet damit, dass beispielsweise die Volksbanken sich in Zukunft stärker auf Gemeinden fokussieren werden. Hahn: „Kommunen sind relativ sichere Kreditkunden.“ Der Markt werde in diesem Bereich härter werden. Eine reine Spezialisierung auf Gemeinden sei „kein hoffnungsvolles Geschäftsfeld“. Der Markt sei zu klein, die Konkurrenz zu groß.

Was das Geschäft der Kommunalkredit, auch nach Hahns Meinung, schwierig macht, ist die Refinanzierung. Die Bank verfügt über keine Spareinlagen und muss sich am internationalen Markt bedienen. Bei den derzeit niedrigen Zinsen ist dies nicht so

virulent; springt der Geldmarkt aber an, gibt es für die Kommunalkredit ungünstigere Refinanzierungsbedingungen.

Hahn rechnet damit, dass die Kommunalkredit unter den neuen Eigentümern „über kurz oder lang intelligent verwertet“ wird. Ein Verschwinden vom Markt sei auch möglich.

Deal im März

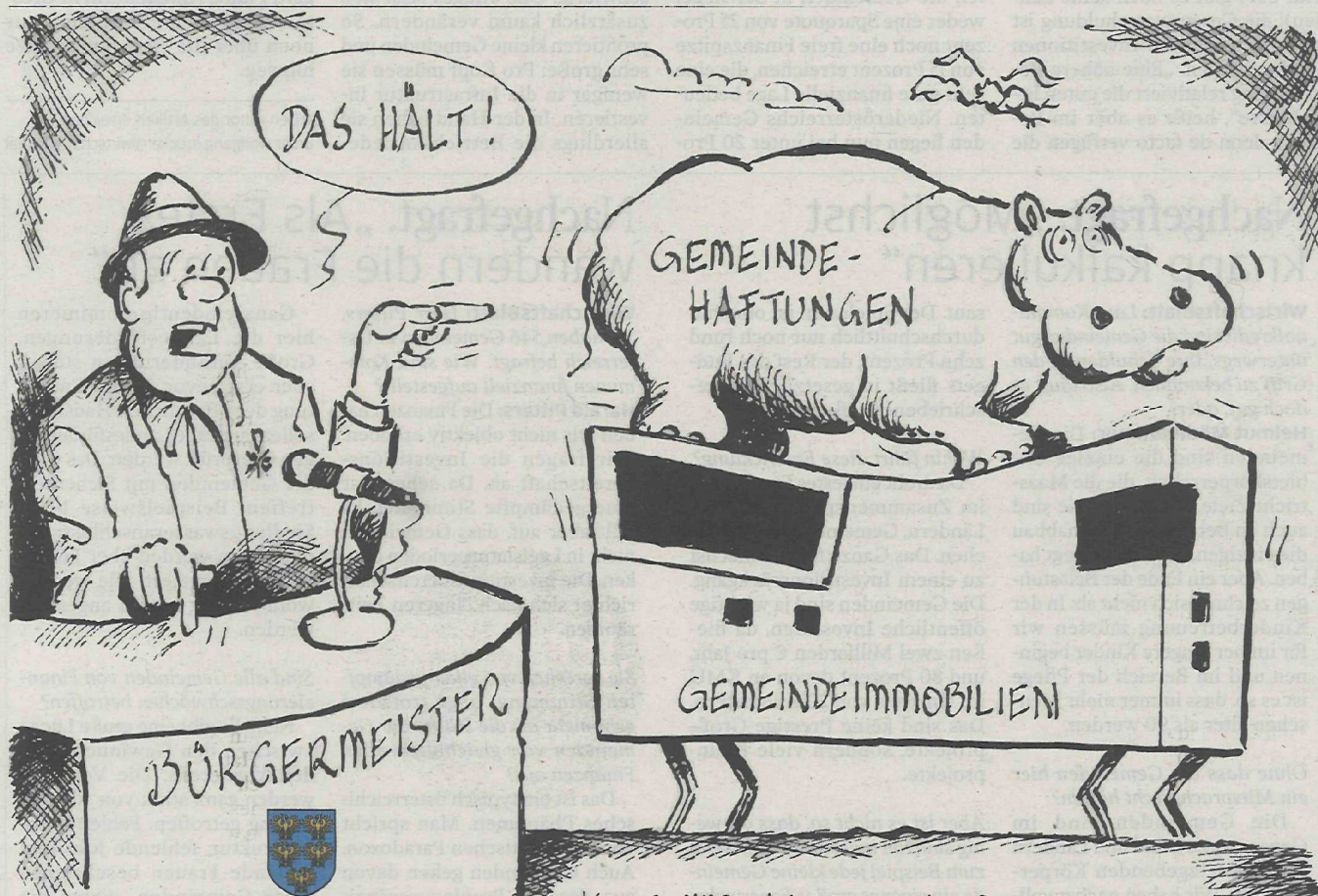
Die damals schwer angeschlagene Kommunalkredit wurde im Zuge der Finanzkrise 2008 von der Republik Österreich gerettet und übernommen. Am 13. März hat die Bankenbeteiligungsgesellschaft des Bundes, die Fimbag, ihren Anteil von 99,78 Prozent

(den Rest hält der Gemeindebund) abgestoßen. Käufer ist ein irisch-englisches Konsortium um Bettscheider. Es besteht aus der englischen Interritus Ltd. und der irischen Trinity Investment Ltd. Seither gehen bei mancher Gemeinde Heuschreckenängste um.

Bettscheider selbst sagt: „Wir verfolgen eine klare Wachstumsstrategie. Wir können, was wir tun.“ Der Bankbetrieb soll fortgeführt und ausgebaut werden. Das Closing des Deals soll bis Ende Juni erfolgen. Die Kommunalkredit erzielte zum Halbjahr 2014 einen Vorsteuergewinn von elf Millionen €. [vorm]

» michael.vorauer@wirtschaftsblatt.at

ierung um neue Betriebe



Niederösterreich

Schuldenstand der Gemeinden pro Kopf 2013 (in €)

Statzendorf	11.047
Wölbling	10.247
Nappersdorf-Kammersdorf	9671
Leobersdorf	9117
Annaberg	9084
Gnadendorf	8191
Breitenau	7744
Hofamt Priel	7729
Grabern	7720
Altenmarkt a.d. Triesting	7226
Geras	7016
Pernegg	6996
Breitenstein	6849
Ottenschlag	6776
Maissau	6381
Österreich Durchschnitt	1836,5

KEINE HYPO-HAFTUNGEN – DIE GEMEINDEN STEHEN AUF SICHEM FUNDAMENT.

Wie schätzen Sie aktuell die finanzielle Situation in Ihrer Gemeinde in Bezug auf die notwendigen Investitionen ein? (Zeitvergleich, Mehrfachnennungen möglich, in %)

	sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht
2015	4	47	41	9
2014	6	44	43	6
2013	5	40	45	9
2012	3	34	46	17

In welchen Bereichen sind die Ausgaben der Gemeinde in den letzten zehn Jahren wesentlich stärker gestiegen als die durchschnittlichen Gemeindeausgaben?*

Gesundheit und Soziales	78%
Straßen und öffentliche Plätze, Verkehrssicherheit	67%
Bildungseinrichtungen	56%
Siedlungswasserwirtschaft	46%
EDV, Computer IT & E-Government	44%

Die nackten Zahlen können auch österreichweit einen falschen Eindruck erwecken: Auf den ersten Blick hat sich die finanzielle Lage der Gemeinden 2013 laut Bericht des Österreichischen Städtebunds deutlich verbessert (für 2014 gibt es noch keine Zahlen); die Gesamtverschuldung ist gesunken und die Investitionen sind gestiegen. „Eine nähere Betrachtung relativiert die guten Ergebnisse“, heißt es aber im Bericht, denn de facto verfügen die

Gemeinden im Vergleich zum Vorjahr um zwölf Prozent weniger Mittel für Investitionen und zur Schuldentilgung.

Haftung statt Schulden

Und bereits vor der Krise konnten die Gemeinden in der Regel weder eine Sparquote von 25 Prozent noch eine freie Finanzspitze von 15 Prozent erreichen, die eine sehr gute finanzielle Lage bedeuten. Niederösterreichs Gemeinden liegen nun bei unter 20 Pro-

zent Sparquote und fünf Prozent Finanzspitze; der Rückgang der Schulden erklärt sich auch durch die Ausgliederung der Finanzschulden in Haftungen: Sie fallen aus dem Haushalt, sind aber nicht weg. Die Lage ist somit weiter schwierig. Und einiges lässt sich zusätzlich kaum verändern. So profitieren kleine Gemeinden und sehr große: Pro Kopf müssen sie weniger in die Infrastruktur investieren. In der Hand haben sie allerdings die Betriebsansiede-

lungen. Gresten bei Scheibbs, laut KDZ mit vorbildlicher Bonität, hat von beidem profitiert: wenig Straßen, dafür einen großen Betrieb im Ort. „Der Hauptgrund für die guten Finanzen ist ein Betrieb im Gemeindegebiet“, sagt Irmgard Plank, Amtsleiterin in Gresten. Ausbauen könne man nur noch über die Gemeindegrenze hinweg.

»Den Autor des Artikels erreichen Sie unter wolfgang.drucker@wirtschaftsblatt.at

Nachgefragt. „Möglichst knapp kalkulieren“

WirtschaftsBlatt: Laut Kommunalkredit sind die Gemeinden gut unterwegs, ihre Schulden in den Griff zu bekommen. Also läuft es doch gut, oder?

Helmut Mödlhammer: Die Gemeinden sind die einzige Gebietskörperschaft, die die Maas-tricht-Ziele erfüllt, und sie sind auch im Bereich Schuldenabbau die einzigen, die sich bewegt haben. Aber ein Ende der Belastungen zeichnet sich nicht ab: In der Kinderbetreuung müssen wir für immer jüngere Kinder beginnen und im Bereich der Pflege ist es so, dass immer mehr Menschen älter als 90 werden.

Ohne dass die Gemeinden hier ein Mitspracherecht hätten?

Die Gemeinden sind im Gegensatz zu Bund und Ländern keine gesetzgebenden Körperschaften. Wir haben nachzuvollziehen, was Bund und Länder gesetzlich beschließen, etwa im Sozial- und Gesundheitsbereich, bei der Kinderbetreuung. Wenn da Gesetze kommen, treffen sie uns voll. Der Handlungsspielraum der Gemeinden sinkt so ra-

sant. Der Spielraum ist ohnehin durchschnittlich nur noch rund zehn Prozent, der Rest des Budgets fließt in gesetzlich vorgeschriebene Maßnahmen.

Wohin führt diese Entwicklung?

Da droht ein festes Fundament im Zusammenspiel von Bund, Ländern, Gemeinden wegzubrechen. Das Ganze führt zunächst zu einem Investitionsrückgang. Die Gemeinden sind ja wichtige öffentliche Investoren, da fließen zwei Milliarden € pro Jahr, und 80 Prozent davon an KMU im Umkreis von 20 Kilometern. Das sind keine Prestige-Großprojekte, sondern viele Kleinprojekte.

Aber ist es nicht so, dass oft wenig sinnvoll investiert wird, wenn zum Beispiel jede kleine Gemeinde ein eigenes großes Feuerwehrhaus baut?

Das gehört zur Identität, und wenn man die Gemeinden in Ruhe arbeiten lässt, können sie sich das auch leisten. Die ganze Welt beneidet uns um unser Feuerwehrsystem. Es gilt als Weltspitze, wobei die Kosten nicht weltweite Spitze sind. Würden alle Bereiche so agieren wie die Feuerwehren, hätten wir keine Probleme in der Republik.

Was raten Sie den Gemeinden?

Mein Appell ist: Möglichst knapp kalkulieren und alle Möglichkeiten ausschöpfen, im Bereich der Verwaltung zu sparen – und für Kooperationen unter den Gemeinden. [mr]

»michael.riedler@wirtschaftsblatt.at



Gemeindebundpräsident
Helmut Mödlhammer.

Nachgefragt. „Als Erstes wandern die Frauen ab“

WirtschaftsBlatt: Herr Pitters, Sie haben 546 Gemeinden in Österreich befragt. Wie sind Kommunen finanziell aufgestellt?

Harald Pitters: Die Finanzen haben wir nicht objektiv erhoben. Wir fragen die Investitionsbereitschaft ab. Da sehen wir eine gedämpfte Stimmung. Es fällt aber auf, dass Gemeinden nicht in Legislaturperioden denken. Die Investitionsbereitschaft richtet sich nach längeren Zeiträumen.

Sie sprechen von einer gedämpften Stimmung, aber trotzdem geht mehr als die Hälfte der Gemeinden von gleichbleibenden Finanzen aus?

Das ist ein typisch österreichisches Phänomen. Man spricht vom optimistischen Paradoxon. Auch Gemeinden gehen davon aus, dass die Probleme prinzipiell zunehmen, nur die eigenen glaubt man im Griff zu haben.

Wie sieht es beim Thema Finanzierung aus? Welche Varianten dominieren und welche Veränderungen sind Ihnen aufgefallen?

Ganz eindeutig dominieren hier die Landesförderungen. Große Veränderungen stehen aber erst bevor. In der Entlastung der öffentlichen Haushalte sollen auch alle Landesförderungen überprüft werden. Das wird die Gemeinden mit Sicherheit treffen. Beispielsweise beim Siedlungswasseranschluss: Sanierungen werden über Förderungen finanziert. Die werden wohl künftig hinten angestellt werden.

Sind alle Gemeinden von Finanzierungsschwächen betroffen?

Nein. Es gibt eine große Lücke zwischen den Gewinnern und den Verlierern. Die Verlierer werden ganz stark von Abwanderung getroffen. Fehlende Infrastruktur, fehlende Jobs und fehlende Frauen beschreiben diese Gemeinden, wobei die Frauen zuerst abwandern. Sie gehen, wenn es nicht ausreichend Bildungsangebote gibt. Gemeinden haben aber durchaus auch Chancen. Denn trotz Urbanisierung gibt es immer Gegenbewegungen. Die Gemeinden müssen es nur schaffen, die Lebensqualität in den Mittelpunkt zu rücken und Angebote zur Verfügung zu stellen.

Und in welchen Bereichen wird künftig investiert?

Die Zukunftsbereiche sind IT, Pflege und das Thema Lebensqualität. Ganz wichtig sind aber Breitband und Internetanbindung, um die Abwanderung zu stoppen. [drw]

»wolfgang.drucker@wirtschaftsblatt.at



Kommunalforscher Harald
Pitters: „Zukunftsbereich IT.“